



Interviews

"Informationen am Morgen" Datum: 19.07.2024

Philipp May im Gespräch mit Friedrich Merz, CDU

Philipp May: In den ersten vier Jahren Trump-Präsidentschaft war Friedrich Merz damals Vorsitzender der Atlantik-Brücke hier häufig als Interview-Experte zu Gast, wenn es wieder einmal um den Präsidenten ging. Jetzt ist er bekanntlich Vorsitzender der CDU und Oppositionsführer im Bundestag. – Guten Morgen, Herr Merz.

Friedrich Merz: Guten Morgen, Herr May.

May: Was nehmen Sie mit aus der Rede von Donald Trump?

Merz: Ein sehr selbstbewusster, streckenweise sogar nachdenklicher, aber entschlossener Präsidentschaftskandidat der Republikaner, der nach meiner Einschätzung dieses Mal besser vorbereitet ist, umfassender, auch personell umfassender vorbereitet ist auf die Amtsübernahme als vor acht Jahren.

May: Ist das eine gute oder ist das eine schlechte Nachricht für Deutschland?

Merz: Das kommt darauf an, aus welcher Perspektive Sie das sehen. Für Amerika ist das sicherlich eine gute Nachricht; für Deutschland ist das eine Herausforderung, für Europa auch, denn es wird, wenn es zu dieser Präsidentschaft kommt, sicherlich mehr Protektionismus geben. Amerika wird eigene Interessen stärker in den Vordergrund stellen und wird den Europäern sagen, ihr müsst eure Interessen auch selbst wahrnehmen.

May: Ursula von der Leyen hat, bezogen auf China, das Wort „De-Risking“ geprägt. Gilt das in Zukunft auch für die USA?

Merz: Das sind zwei unterschiedliche Sachverhalte, aber sie laufen beide auf dasselbe hinaus. Deswegen ist die Wahl von Ursula von der Leyen gestern im Europäischen Parlament ein gutes Zeichen. Auch das klare Wahlergebnis, das sie erzielt hat, ist ein gutes Zeichen. Europa muss selbstbewusster werden, Europa muss aber auch seine eigenen Stärken jetzt wirklich nutzen, um die eigenen Interessen auf der Welt wahrzunehmen. Die Luft wird rauer.

May: Wie soll Europa, wie soll Deutschland, wie soll Olaf Scholz, wie soll der Bundeskanzler, wer immer das auch sein möge, in einem Jahr das ganz konkret tun?

Merz: Es gibt vielleicht drei wichtige Themen. Das eine ist: Unsere Freiheit und unsere Sicherheit zu verteidigen, wird mehr unsere Aufgabe sein. Wir können es nicht mehr zu einem so großen Teil auch den Amerikanern überlassen.

Das zweite ist: Wir müssen unsere wirtschaftlichen Stärken ausbauen. Wir müssen wieder eine starke Volkswirtschaft, auch eine starke deutsche Volkswirtschaft werden in dieser Europäischen Union.

Das dritte Thema ist die Flüchtlingskrise und die nicht gelingende Integration. Das sind Themen, bei denen muss Europa stärker zusammenarbeiten als in der Vergangenheit, aber da muss auch Deutschland eine starke Rolle spielen.

May: Wie soll Deutschland jetzt am besten verfahren im Umgang mit Donald Trump?

Merz: Ich habe schon vor langer Zeit gesagt, wir müssen uns darauf vorbereiten, dass es eine solche Regierung in Amerika geben wird. Im Übrigen: Selbst wenn Joe Biden oder die Demokraten an der Regierung blieben, würde sich das transatlantische Verhältnis ändern. Da würde vielleicht der Ton unterschiedlich sein, aber in der Sache selber werden die Amerikaner uns sagen, wie schon seit vielen Jahren, nehmt endlich eure Interessen selbst wahr, tragt bei zu eurer eigenen Verteidigung, das können wir nicht mehr in diesem Umfang. Zwei Drittel des Nato-Budgets aus Amerika, das gehört der Vergangenheit an. Aber wir müssen auch wirtschaftlich wieder stärker werden. Deutschland ist Schlusslicht in der Europäischen Union. Wir sind eines der schwächsten Länder in der OECD. Die strukturellen Probleme unseres eigenen Landes, die müssen wir schon selber lösen.

May: Kommen wir noch mal direkt auf die Verteidigung zu sprechen. Das ist ein großes Thema. Sie haben es jetzt schon zweimal angesprochen. Wenn Deutschland, wenn Europa die eigene Verteidigung stemmen muss, abgesehen möglicherweise von einem nuklearen

Schutzschirm, im Prinzip selber verantwortlich ist für die konventionelle Verteidigung Europas, dann werden wahrscheinlich 80 Milliarden Militär-Budget – das wären zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes – kaum reichen, oder?

Merz: Zunächst einmal haben wir ja gemeinsam mit der Koalition vor zwei Jahren das sogenannte Sondervermögen in Form von 100 Milliarden Euro zusätzlicher Schulden beschlossen, um die Bundeswehr besser auszurüsten. Aus diesen 100 Milliarden werden jetzt auch laufende Betriebs- und Personalkosten der Bundeswehr gedeckt. Das war so nicht vereinbart. Der Verteidigungs-Etat hätte in den letzten beiden Haushaltsjahren schon anwachsen müssen. Er müsste im Jahr 2025 weiter anwachsen. Das verweigert die Koalition dem Verteidigungsminister.

Das heißt, die Deckungslücke wird immer größer und spätestens ab dem Jahr 2027 fehlen mindestens 30 Milliarden Euro im Verteidigungs-Etat, und die Bundesregierung gibt keine Antwort darauf, wie sie diese Lücke schließen will.

May: 2027 ist möglicherweise die aktuelle Bundesregierung nicht mehr im Amt, beziehungsweise sie ist auf jeden Fall nicht mehr im Amt, weil wir dazwischen Wahlen haben. Wie würden Sie, wenn Sie beispielsweise Bundeskanzler wären, 2027 diese 30 Milliarden herbekommen?

Merz: Wir haben der Bundesregierung von Anfang an gesagt, schon in der Aussprache über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022: Zeitenwende kann nicht bedeuten, 100 Milliarden Euro mehr Schulden zu machen und alles andere so zu lassen, wie es vorher war. Eigentlich hätte die Koalition ihren Koalitionsvertrag auf die Seite legen müssen und die Prioritäten völlig neu ordnen müssen. Stattdessen machen sie alles so weiter, wie im Koalitionsvertrag verabredet, und nehmen zusätzlich 100 Milliarden einmal auf und in diesem Jahr 50 Milliarden, im nächsten Jahr 40 Milliarden neue Schulden mit Schuldenbremse. Das heißt, diese Bundesregierung gibt fröhlich weiter Geld aus, bläht den Beamtenapparat weiter auf, als ob nichts gewesen wäre, und appelliert jetzt an uns, doch endlich die Schuldenbremse des Grundgesetzes zu lösen, nachdem sie sich in der eigenen Koalition darüber noch nicht einmal einig sind. Das ist nicht der richtige Weg. Der Mantel ist falsch eingeknüpft vom ersten Tag an. Eine gute Regierungserklärung ist das eine, aber dann auch danach zu handeln, ist das andere, und das vermissen wir seit zweieinhalb Jahren.

May: Jetzt gibt es aber viele Experten, die sagen, das ist eigentlich nicht so aus dem aktuellen Haushalt zu stemmen. Wir reden jetzt nicht über ein paar Milliarden, sondern wir reden über mindestens 30 Milliarden. Da würden auch Sie sich wahrscheinlich schwertun, das aus

dem Haushalt, Prioritätensetzung hin oder her, rauszulösen. Roderich Kiesewetter beispielsweise, Ihr Verteidigungsexperte, schlägt auch vor, dass man eventuell noch neues, noch größeres Sondervermögen für die Bundeswehr angesichts der Weltlage machen sollte. Wäre das nicht möglicherweise, wenn Donald Trump wirklich gewählt wird und der Druck dementsprechend auf Deutschland noch mal steigen könnte, der Anlass, darüber noch mal neu nachzudenken?

Merz: Ich würde dieses neue Nachdenken nicht abhängig machen von der Wahl in Amerika. Wir müssen selber unsere Prioritäten ordnen und neu setzen. Dieser Bundeshaushalt, der jetzt auf 500 Milliarden Euro Ausgaben zusteuert, mit einem Schuldenbestand, der uns jetzt schon fast 40 Milliarden Euro Zinsen im Jahr kostet, ihn noch weiter über Schulden zu finanzieren, stößt an Grenzen. Ich habe gerade die Zahlen für 2024 und 2025 genannt. In diesen beiden Jahren zusammen nehmen wir, nimmt der Bund jetzt noch einmal knapp 100 Milliarden Euro Schulden auf. – Nein, es geht so nicht weiter, und insbesondere die explodierenden Kosten beim Bürgergeld müssen korrigiert werden. Das ganze System stimmt nicht. Hier gerät etwas aus den Fugen, das nicht mit kleineren Korrekturen wieder zu heilen ist, sondern das muss grundsätzlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden, und das ist eine Aufgabe, die zunächst einmal beim Bundeskanzler liegt, bei dieser Regierung liegt. Sie muss die Prioritäten ordnen und dann werden wir konkret sagen, wo wir es denn ab 2026 besser machen.

May: Herr Merz, ich frage das auch deswegen, weil Sie sind gerade im Osten zum Wahlkampfauftakt. Die Ministerpräsidenten dort haben sich mehr oder weniger alle schon für die Modifikation der Schuldenbremse ausgesprochen. Die müssen aber auch regieren, unter schweren Bedingungen, wie die Ampel auch unter schweren Bedingungen regieren muss.

Merz: Die Länder haben in der Tat ein Problem. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes gilt auch für die Länder und die Länder haben, anders als der Bund, keine Möglichkeit, in einer schwankenden Konjunktur zusätzliche Schulden aufzunehmen. Darüber muss man reden, darüber kann man reden, aber der Bund guckt im Augenblick nicht auf die Länder, sondern der Bund schaut ausschließlich auf sein eigenes Budget und möchte zusätzlich zu den bestehenden Schulden, zu den neu aufgenommenen Schulden jetzt noch mal weitere Schulden machen. Diesen Weg, den gehen wir sicher nicht mit.

May: Herr Merz, kommen wir noch mal auf Ursula von der Leyen zu sprechen. Sie haben es schon gesagt: Dieses geschlossene und dieses doch überraschend deutliche Wahlergebnis für Ursula von der Leyen ist ein gutes Zeichen in die Welt. Warum ist das ein gutes Zeichen?

Merz: Das ist ein gutes Zeichen, weil sie ein klares und gutes Wahlergebnis aus der Mitte des Parlamentes heraus bekommen hat, weil sie als Kommissionspräsidentin jetzt gestärkt in ihre zweite Amtszeit geht und diese zweite Amtszeit genau das tut, was in der Bundesrepublik Deutschland nicht geschieht. Sie setzt die Prioritäten neu. Ursula von der Leyen hat in ihrer Rede gestern sehr klar und deutlich gesagt, es geht jetzt auch um Verteidigung und es geht um Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Ich bin ihr ausgesprochen dankbar, dass sie dieses Thema Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie so stark in den Vordergrund auch ihrer Rede gestern gestellt hat. Das wird auch ein Schwerpunkt ihrer zweiten Amtszeit sein. Europa muss wirtschaftspolitisch gestärkt werden. Die Wirtschaft in unserer Europäischen Union ist nicht stark genug. Und noch einmal: Dazu muss Deutschland einen sehr großen Beitrag leisten, weil wir immer noch die höchste Industriequote an unserem Bruttoinlandsprodukt haben. Das heißt: Die Botschaft, die Ursula von der Leyen gestern im Europäischen Parlament in Straßburg gegeben hat, die geht vor allem nach Deutschland. Auch wir müssen Wirtschaftspolitik in Deutschland anders und besser machen.

May: Erstaunlicherweise ist Ursula von der Leyen aus der Mitte des Parlaments gewählt worden. Das ist nicht erstaunlich. Aber sie ist ja vor allem gewählt worden, weil die Grünen sie unterstützt haben, der von Ihnen erklärte Hauptgegner. Nicht unterstützt wurde sie, trotz ihres Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, wie Sie es gerade gesagt haben, von den deutschen Liberalen, Ihr erklärter Lieblingspartner, übrigens anscheinend auch nicht von der rechtskonservativen EKR, der Meloni-Fraktion. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Merz: Ich habe schon seit Monaten kaum noch Verständnis für die Haltung einer ganzen Reihe von FDP-Abgeordneten, sowohl im Europäischen Parlament als auch im Deutschen Bundestag, und eine Kollegin, die da jetzt gewechselt ist, scheint sich zum Fürsprecher dieser Methode zu machen, ständig gegen den Strich zu bürsten. Das kann sie dort weiter machen. Wichtig ist, dass Ursula von der Leyen in der Mitte des Europäischen Parlaments – und dazu zählen natürlich auch die Grünen – jetzt eine stabile Mehrheit hat, auf die sie setzen kann und mit der sie dann auch in der Europäischen Union das tun kann, was notwendig ist: weniger Regulierung, Abschaffung von überflüssiger Regulierung und Konzentration auf Verteidigung, Integration und vor allem Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Das geht auch ohne FDP.

May: Wenn man die Rede von Frau von der Leyen gehört hat, sagen einige, es klang ein wenig wie ein schwarz-grünes Regierungsprogramm. Der Green Deal wird beibehalten, wird jetzt zum Clean Industrial Deal mit Betonung auf Stärkung der Wirtschaft, trotzdem klare Kante gegen Autokraten, mehr Kontrolle bei der Einwanderung. Das könnte man möglicherweise auch als Vorboten eines Bündnisses sehen, wenn erst mal die Wahlen im Herbst durch sind?

Merz: Das sehe ich ausdrücklich nicht so, Herr May. Umweltpolitik ist bei der Union schon seit Jahrzehnten ein wichtiges Thema und ich darf daran erinnern: In der Zeit von Angela Merkel, an der man viel kritisieren kann, aber in dieser Zeit sind in Deutschland 40 Prozent der CO2-Emissionen reduziert worden und die Wirtschaftsleistung ist verdoppelt worden. Dazu haben die Grünen an keiner Stelle beigetragen, das ist Unions-Politik gewesen, und nichts anderes hat Ursula von der Leyen gestern auch im Europäischen Parlament zum Ausdruck gebracht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Daniel Braun, Konrad-Adenauer-Stiftung Skopje, zur Präsidentschaftswahl in Nordmazedonien

Dirk-Oliver Heckmann: Wir können das Thema vertiefen mit Daniel Braun. Er ist Leiter des Auslandsbüros Nordmazedonien und Kosovo der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihn begrüße ich jetzt in Skopje. Schönen guten Morgen, Herr Braun.

Daniel Braun: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Braun, wie wichtig ist das Superwahljahr in Mazedonien für das Land?

Braun: Es ist sicherlich eine Weichenstellung und die Frage des EU-Beitritts spielt einerseits eine große Rolle. Andererseits ist bei den Themen, die die Mazedonierinnen und Mazedonier angegeben haben, die Priorität sind, der nicht dabei. Es sind hauptsächlich innenpolitische Dinge, die für die Wählerinnen und Wähler eine große Rolle spielen werden.

Heckmann: Und zwar welche?

Braun: Das Thema Korruption, der desolate Zustand des Gesundheitswesens, Luftverschmutzung, Umwelt, Bildungswesen und Wirtschaft. Das muss man leider auch so aus EU-Sicht konstatieren. Die EU ist nicht das primäre Thema.

Heckmann: Es gibt ja einen regelrechten Exodus aus Nordmazedonien. Viele Leute wollen weg. Wie wahrscheinlich ist denn vor diesem Hintergrund ein Machtwechsel und was würde ein Machtwechsel hin zu den Nationalkonservativen bedeuten?

Braun: Ich denke, ein Regierungswechsel ist sehr wahrscheinlich. Der Regierungswechsel ist in erster Linie auch der Tatsache geschuldet, dass die Bilanz der Regierung in vielen Bereichen desaströs ist. Korruption, Disfunktionalität des Staates trifft man allenthalben. Ich persönlich auch als Büroleiter bin fast täglich immer davon betroffen, wenn es um Dokumente etc. geht. Vielleicht ein Beispiel: Das Abkommen mit Griechenland und der Namensumbenennung erforderte, neue Ausweisdokumente in einer fünf Jahre Übergangsfrist auszustellen. Das hat die Regierung verpasst. Anfang des Jahres waren eine Million Bürger im In- und Ausland festsitzend, weil sie keine gültigen Passdokumente mehr hatten. – Das sind alles Dinge, die da sehr negativ auf das Kontor einzahlen, und wenn es einen Regierungswechsel gibt, heißt das aus meiner Sicht nicht zwingend, dass das Land keinen proeuropäischen Kurs mehr hat, weil VMRO-DPMNE hat nie gesagt, wir wollen keine Verfassungsänderung – und da ist jetzt die bulgarische Minderheit betrachtet. Die große Sorge, dass VMRO-DPMNE unter den ethnischen Mazedoniern auch mit großer Zustimmung vorhanden – ist, dass diese Verfassungsänderung von Bulgarien nicht die letzte Forderung sein wird an das Land, dass der Beitrittsprozess auf vielen Ebenen immer wieder neue Demarchen erlauben würde, und VMRO-DPMNE fordert weitergehende Garantien, dass in dem Bereich der identitätspolitischen Forderung seitens Bulgariens das dann wirklich auch die letzte Forderung ist, und das ist etwas, wo sie weit über ihre Wählerschaft hinaus die Unterstützung hat unter der ethnisch-mazedonischen Bevölkerung im Land.

Heckmann: Das sind die Nationalkonservativen, die Sie ansprechen. Sollten die an die Macht kommen, könnten sich dann die Spannungen zwischen Nordmazedonien und Bulgarien noch mal verschärfen?

Braun: Was heißt Spannungen verschärfen? – Bulgarien hat relativ klargemacht, was man erwartet. Es gibt aber leider auch in Bulgarien nicht unbedeutende Politiker, die relativ offen darüber sprechen, das wird nicht die letzte Forderung sein, und insofern ja, es kann sein, dass sich das weiterhin auf einem sehr eskalatorischen Level befindet. Aber es ist auch dieser Asymmetrie der Macht geschuldet. Nordmazedonien ist darauf angewiesen durch das Einstimmigkeitsprinzip, dass Bulgarien sein Veto aufhebt, und hat im Prinzip keine Handhabe, außer an den guten Willen Bulgariens zu appellieren, dass dies geschieht.

Man muss sich das vielleicht auch noch mal in der Timeline vorstellen seit der Unabhängigkeit des Landes. Man musste die Flagge ändern, man musste den Namen umbenennen, jetzt soll man die Verfassung ändern. Bei der Namensumbenennung hatte damals die EU versprochen, das wäre die letzte zu erfüllende Forderung und dann würde es weitergehen. Da steckt auch mittlerweile eine große Frustration und Enttäuschung drin. Die Adenauer-Stiftung führt jedes Jahr eine Umfrage zu den Einstellungen der Menschen im Land durch, pro EU oder eben nicht. Wir haben hier wirklich einen Fall um ein Drittel der Zustimmung zur EU und das ist eine Tatsache, mit der man umgehen muss.

Heckmann: Wollen die Menschen überhaupt noch in die EU?

Braun: Ich denke, im Inneren des Herzens wollen sie das schon alle, aber sie wollen es nicht permanent immer mit neuen Forderungen. Im Beitrag wurde es ja bereits anmoderiert: Seit 2005 ist man Beitrittskandidat. Zwischendurch haben mehrere Länder der Region faktisch das Land überholt und man sieht das schon als eine gewisse Demütigung oder Benachteiligung auch gegenüber anderen Beitrittskandidaten, dass man so lange im Wartesaal

sitzt und immer wieder neue Forderungen auf das Land im identitätspolitischen Bereich zu-
kommen.

Heckmann: Aber Sie haben auch die innenpolitischen Schwierigkeiten in Nordmazedonien angesprochen, Korruption als Stichwort beispielsweise. Wäre es denn vor dem Hintergrund überhaupt empfehlenswert, das Land in die EU aufzunehmen?

Braun: Ein Beitrittsprozess ist ja ein Prozess. Niemand kann Ihnen jetzt sagen, wie lange so etwas dauert. Dass im aktuellen Status das Land Mitglied werden könnte, das glaubt man im Land selbst nicht. Das wird ein langer Prozess sein. Das gilt aber für alle Länder der Region und gilt, glaube ich, auch selbst für Länder, die bereits EU-Mitglied sind in der Region, dass man dort an diesem Thema arbeiten muss. Das ist sicherlich eine Perspektivsache und natürlich muss sich das Land da auch erheblich verbessern und bewegen, und das sage ich ganz unabhängig davon, ob ich politisch rechts oder links stehe. Das ist etwas, das betrifft alle, da kann ich eigentlich niemanden aussparen, und geht auch über die ethnischen Grenzen hinweg.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.